

Sehr geehrte Damen und Herren, anbei die Themen der Woche:

Russland verlängert Agrarembargo

Russland hat sein Importverbot für eine Reihe von Agrar- und Ernährungsgütern aus der Europäischen Union sowie weiteren westlichen Ländern um zwölf Monate verlängert. Ein entsprechender Erlass von Staatspräsident Wladimir Putin wurde am 24.06.2015 in Moskau veröffentlicht. Die Fortsetzung des Embargos kam nur zwei Tage nach der Entscheidung der EU, ihre Strafmaßnahmen gegen Russland wegen der Ukrainekrise bis Ende Januar 2016 fortzusetzen.

Bei einer Beratung mit Regierungsmitgliedern wertete Putin den Schritt als deutliches Signal an die russische Agrar- und Ernährungswirtschaft. Sein Sprecher bezeichnete die Maßnahme vor Journalisten als „für die Fortentwicklung des Landes erforderlich“. Moskau untersagte Anfang August 2014 - damals für vorerst ein Jahr - die Einfuhr zahlreicher Lebensmittel wie Milchprodukte, Fleisch, Obst und Gemüse aus der EU sowie aus den USA, Kanada, Australien und Norwegen. AgE

NRW will Bundestierschutzgesetz ändern

Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen drückt beim angestrebten Tötungsverbot für männliche Eintagsküken aufs Tempo. Das Kabinett hat am 23. Juni nach Angaben des Düsseldorfer Agrarressorts eine Bundesratsinitiative beschlossen, mit der das Töten von Tieren ohne vernünftigen Grund aus rein ökonomischen Gründen über eine Änderung des Bundestierschutzgesetzes untersagt werden soll. Ende Januar 2015 hatte das Verwaltungsgericht in Minden entschieden, dass ein Erlass von Landwirtschaftsminister Rommel zum Tötungsverbot von Eintagsküken unzulässig ist, da es im Bundestierschutzgesetz dafür keine ausreichende Rechtsgrundlage gibt.

"Tiere sind keine Abfallprodukte", stellte Rommel nach der Kabinettsitzung klar. Es dürfe nicht sein, dass jährlich aus reinen Kostengründen 50 Mio. Eintagsküken in Deutschland getötet würden. Seit Jahren habe der Tierschutz Verfassungsrang, doch der zuständige Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt entziehe sich weiterhin seiner Verantwortung und spiele auf Zeit. „Diesem taktischen Spielchen zu Lasten des Tierwohls wollen wir mit unserem Bundesratsantrag ein Ende setzen“, erklärte Rommel.

Der Düsseldorfer Agrarressortchef wirft Schmidt vor, sich hinter wohlklingenden Absichtsbekundungen und Forschungsvorhaben zu verstecken. Es sei jedoch die Aufgabe des Bundesgesetzgebers, für eine eindeutige Ermächtigungsgrundlage

im Tierschutzgesetz zu sorgen, damit die Länder das Tötungsverbot wirkungsvoll umsetzen könnten. Rommel kündigte an, dass Nordrhein-Westfalen den diesbezüglichen Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause in den Bundesrat einbringen werde. AgE

Weitere Verhandlungen über Bestandsfrist für Kleingruppenhaltung

Die Länder bleiben über den Zeitpunkt des Ausstiegs aus der Kleingruppenhaltung von Legehennen gesprächsbereit. Der Agrarausschuss des Bundesrates hat in dieser Woche seine Beratung über den von Rheinland-Pfalz und Niedersachsen eingebrachten Entschließungsantrag bis Mitte Oktober vertagt. Offenbar besteht die Hoffnung, bis dahin zu einer Übereinkunft mit dem Bund zu kommen.

Beide Seiten waren sich im Streit um eine Übergangsfrist für die Kleingruppenhaltung zuletzt näher gekommen, ohne jedoch eine Einigung zu erzielen. In der konstituierenden Sitzung des auf der Ebene der Staatssekretäre eingerichteten Koordinierungsausschusses Tierwohl von Bund und Ländern hatten die Vertreter der grünen Landwirtschaftsministerien ihre Bereitschaft signalisiert, eine Bestandsfrist bis 2025 mitzutragen. Der Bund hatte zuletzt 2028 angeboten.

Ursprünglich lag die Länderforderung bei 2023, das Angebot des Bundes bei 2035. AgE

Erste EU-Eier in die USA

Die Vogelgrippe-Auswirkungen in den USA zeigen auch am EU-Markt Wirkung. Die MEG führt den jüngsten Preisanstieg am deutschen und dem EU-Eiermarkt auf das knappere Angebot und den voraussichtlich höheren Einfuhrbedarf in den USA zurück. Von Mitte Mai bis Mitte Juni 2015 seien die Preise für Eier aus der Bodenhaltung im Bundesmittel von 5,90€ auf 8,00€ pro 100 St. gestiegen. Dahinter stecke die Erwartung besserer Exportmöglichkeiten in die USA, auch wenn spezielle Veterinär- und Hygieneauflagen den Handel erschweren. Erste Lieferungen aus der EU hätten Brancheninformationen zufolge aber bereits stattgefunden, berichteten die Marktanalysten aus Bonn. Auch wenn die Zahl der neu infizierten Hühnerbestände zuletzt nur noch wenig zugenommen hat, dürften die Folgen für die US-Eierbranche noch länger spürbar sein. Für das kommende Jahr rechnet das USDA mit einem nur moderaten Wiederanstieg der Erzeugung um 2,0 % auf 84,2 Mio. Stück; das wäre etwa das Niveau von 2012.